



STRATEG Brief Nr. 6:

„Umbrüche in arabischen Staaten – eine Herausforderung für Jahrzehnte“

Ein kurzer Überblick

Unverzüglich nach dem überraschenden Sturz des tunesischen und des ägyptischen Herrschers Anfang 2011 stellten sich viele bang oder hoffnungsfroh die Frage, welches Regime als nächstes stürzen oder ob nicht überhaupt ein Domino-Effekt eintreten würde, der alle autoritären Systeme zum Einsturz bringen könnte. Ein Jahr später steht fest, dass Tunesien und Ägypten vorerst eine Ausnahme darstellen. Der folgende Regimesturz in Libyen ist äußerst blutig verlaufen ist und konnte wohl nur dank massiver militärischer Unterstützung durch die NATO erfolgreich beendet werden. In Syrien hat sich über Monate ein gewaltsamer Widerstand gegen Machthaber Bashar al Assad aufgebaut, der infolge der rücksichtlosen Vorgangsweise seiner Sicherheitskräfte mittlerweile bereits geschätzte 7.000 Todesopfer forderte. Im Unterschied zu Libyen konnte sich die internationale Gemeinschaft jedoch (noch) nicht zu einem entschlossenen Vorgehen gegen den syrischen Präsidenten aufrufen. Vor allem Russland, das sich ja auch bald nach Beginn der NATO-Operation in Libyen - trotz vorheriger schweigender Zustimmung im Sicherheitsrat der UNO – gegen die Luftangriffe ausgesprochen hatte, blockiert jede strengere Sanktion gegenüber seinem strategischen Verbündeten im Nahen Osten. Wie es im vierten „Aufstandsland“, dem Jemen, weitergehen wird, bleibt vorerst abzuwarten. Der Protest gegen Präsident Saleh hat zwischenzeitlich an Umfang und Intensität so stark zugenommen dass der jemenitische Präsident Saleh Ende Jänner offiziell abgedankt hat und im Gegenzug Immunität erhielt. Das bisherige Establishment scheint vorerst jedoch unverändert an der Macht zu sein, ähnlich wie in Ägypten.

Dagegen scheint die Zukunft des syrischen Präsidenten besiegelt zu sein; zu stark lastet sein brutales Vorgehen gegen die eigenen Landsleute auf ihm, zu sehr hat er sich gut meinenden Vermittlungsversuchen verwehrt und damit auch Verbündete wie die Türkei oder Saudi Arabien verprellt.

Kein Domino-Effekt

Dass es nicht zu einem Domino-Effekt gekommen ist, hat mehrere Gründe. So haben es die Königshäuser in Marokko und Jordanien vermocht, vorerst durch rasche Reformen oder deren Ankündigung das Entstehen umfangreicher Protestbewegungen zu unterbinden. Die Lage in Jordanien, wo das Königshaus bereits offen kritisiert wird, ist kritischer als in Marokko, wo die Monarchie sich stabiler darstellt. Beide Monarchen verfügen aber über wesentlich mehr Ansehen und Legitimität bei der Bevölkerung, als dies bei Muammar al Gaddafi oder Hosni Mubarak der Fall war. Algerien scheint für Revolutionen bis auf Weiteres nicht empfänglich zu sein, zu schwer lasten vermutlich noch die traumatischen Erinnerungen an den Bürgerkrieg der 1990er auf der Bevölkerung. Ob nicht doch noch der gewisse Funken überspringt lässt sich nicht abschätzen. Vermutlich wird das in hohem Maße von den weiteren Entwicklungen in den Nachbarstaaten abhängen. Saudi Arabien wiederum gelang es, sich ad hoc durch breit gestreute Sozialmaßnahmen die Loyalität seiner Bürger quasi zu erkaufen. Wichtiger war aber vermutlich noch der entschlossene Einsatz der „Golf-Friedenstruppe“ in Bahrain zur Niederschlagung aufkommender Proteste der dortigen schiitischen Minderheit. Die damit verbundene Botschaft, dass, falls notwendig, ohne Zögern die Sicherheitskräfte eingesetzt würden, wurde nicht nur in der Umgebung, sondern auch im Inland verstanden. Es kam zu keinen nennenswerten Unruhen in Saudi Arabien selbst. Schätzungen von Insidern zu Folge investierten die Golfstaaten binnen weniger Monate an die 160 Mrd. US-Dollar in die Stabilität ihrer Länder und ihrer Sicherheitskräfte.

Gemischtes Bild 2012

Anfang 2012 ergibt sich somit ein gemischtes Bild, das von Status-quo Staaten wie Marokko und Jordanien, von Reformstaaten wie Tunesien und mit Abstrichen Ägypten, von gewaltsamen Revolutionen in Syrien und Jemen sowie von aufstrebenden, stabilen Staaten wie Katar, geprägt wird. Der Libanon stellt aufgrund seiner internen Fragilität und des Umstands, dass mit der Hizbollah gewissermaßen ein Staat im Staate besteht, einen Sonderfall dar. Allen arabischen Staaten ist gemein, dass sie von einem neuen arabischen Stolz beflügelt sind und die Gestaltung der Zukunft ohne externe Einflussnahme vornehmen wollen. Eine wesentliche, wenn nicht sogar zentrale Rolle wird dabei der Islam einnehmen. In wieweit durch einen politischen Islam wiederum die Grund- und Freiheitsrechte der Menschen in den betroffenen Ländern eingeschränkt werden, hängt wohl primär von diesen selbst ab. Sie haben mit ihren Revolten die bisherigen Herrscher, die ihnen Rechte vorenthalten oder sie ausgeschlossen haben, abgeschüttelt. Sie



werden daher auch darüber bestimmen, ob und in welchem Ausmaß sie sich den neuen Ordnungsmodellen unterwerfen wollen. Dabei ist nicht auszuschließen, dass die ersten Wahlen nicht jene politischen Führungen hervorbringen werden, die sich die Revolutionäre erhofft haben. Ob die Geduld der Bevölkerung dann ausreichen wird, die nächsten Wahlen abzuwarten oder ob es schon vorher zu neuerlichen Unruhen kommen wird, bleibt abzuwarten. Die Gestaltungsmöglichkeit westlicher Staaten ist dabei sehr begrenzt. Das westliche Modell hat in den Augen vieler Araber an Attraktivität und Glaubwürdigkeit verloren. Die Möglichkeiten und Fähigkeiten der europäischen Staaten, entschlossen und allenfalls mit militärischer Gewalt zu reagieren, sind zudem eingeschränkt.

Ungeachtet dessen, welche Regierungen nunmehr in Ägypten, Tunesien, Libyen oder auch in Syrien und Jemen an die Macht kommen werden – jede von ihnen wird sich mit enormen Herausforderungen konfrontiert sehen. Denn Arbeitslosigkeit, Korruption, Defizite im Bereich der Infrastruktur und ein übergroßer Jugendanteil sind Probleme, die nicht von heute auf morgen zu lösen sind und ausgereifter Konzepte bedürfen. Die politische Einbindung und Mitwirkungsmöglichkeit aller relevanten Gruppen wird wohl zu einem Muss werden, denn Ausgrenzungen wie bisher werden wohl nicht mehr akzeptiert werden. Die Bereitschaft und Fähigkeit zur Durchsetzung von Forderungen mit Waffengewalt dürfte gestiegen sein, da die Wirren der Umstürze zur unkontrollierten Verbreitung von Waffen geführt haben.

Europas strategische Interessen

Europa, nur durch das Mittelmeer von diesen Staaten getrennt, befindet sich dabei in keiner komfortablen Position. Es hat sich – auf einzelstaatlicher wie auf EU-Ebene – neu gegenüber diesen Staaten zu positionieren und echte Partnerschaften aufzubauen. Drei Gründe sind dafür ausschlaggebend: Erstens das Interesse an stabilen Verhältnissen und das Verhindern von Überschwappereffekten, sollte es zu negativen Entwicklungen in den Umbruchstaaten kommen. Das kann beispielsweise politische Agitation von Angehörigen der Diaspora in europäischen Städten, aber auch ein verstärkter Ansturm von Asylsuchenden sein, die vor den Wirren in den Heimatstaaten fliehen möchten. Derlei unkontrollierbare Migrationsströme würden die Beziehungen mit Sicherheit belasten. Zweitens ist gerade Nordafrika als Energielieferant für Europa unverzichtbar. Schon heute beziehen die EU-Staaten 27% des Erdöls, 16% der Erdölprodukte und 32% Erdgas aus der MENA (Middle East North Africa)-Region. Nicht von ungefähr wird deshalb bereits seit den 1990er-Jahren ein gemeinsamer Energieraum angestrebt. Als zukunftsweisend kann hier auch das Project DESERTEC angesprochen werden, bei dem durch die Nutzung alternativer Energien vermutlich der Großteil des Strombedarfs in den MENA-Staaten sowie etwa 15% des Strombedarfs in der EU abgedeckt werden könnten. Drittens bietet die MENA-Region eine geografisch nahe liegende Erweiterung des EU-Wirtschaftsraums, der abseits energiepolitischer Aspekte von steigender Bedeutung sein wird. Die gemeinsame Erschließung und Entwicklung bietet viele Möglichkeiten gegenseitiger Kompensationen, sei es an Arbeitskraft, Absatzmärkten oder Produktionsmöglichkeiten.

Nicht Jahre, sondern Jahrzehnte

In Europa wie in den betroffenen Staaten sollte man sich dessen bewusst sein, dass der Anfang 2011 eingesetzte Umbruch wohl den Auftakt zu einem längeren politischen Veränderungsprozess bildet. Ähnlich der Situation nach der Wende 1989/1991 mit dem Zerfall der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Paktes stehen wir auch diesmal vor einem Wandel globalstrategischer Dimension. Die Probleme und Herausforderungen bei der Transformation von Staaten und bei der Etablierung neuer politischer Systeme könnten allerdings noch größer und umfassender sein als damals, weil die demographischen, sozio-politischen und strukturellen Verhältnisse deutlich schwieriger sind. Wie der Weltentwicklungsbericht 2011 belegt, dauert es in der Regel Jahrzehnte, bis aus fragilen Umbruchstaaten gefestigte und stabile politische und gesellschaftliche Strukturen entstehen. Dieser Zeitraum ist daher ins Auge zu fassen, wenn die Veränderungen in der MENA-Region beurteilt werden. Sollte es auch nur in einzelnen Staaten zu einer islamistischen Dominanz kommen, erscheint die politische Entwicklung allerdings völlig ungewiss und eine langfristige Stabilisierung der Situation höchst fraglich. Aus europäischer Sicht ist noch hinzuzufügen, dass die Gestaltungs- und Einflussmöglichkeit, wenn überhaupt, nur in geringem Ausmaß vorhanden ist. Entscheidend für die Ausgestaltung der Beziehungen wird jedoch sein, wie sehr es Europa schafft, als seriöser und zuverlässiger Partner der arabischen Nachbarstaaten in Erscheinung zu treten.

Verfasser: Brigadier Dr. Walter Feichtinger, Februar 2012